



24.02.2017

Gespräch mit Rolf Widmer



Seit mehr als 40 Jahren entwickelt Rolf Widmer Wohn- und Betreuungslösungen für Kinder, die nicht in ihren eigenen Familien aufwachsen können. In diesem Interview erläutert er uns seine Ansichten über die Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen in der Schweiz. Seine Meinung basiert auf seiner zehnjährigen Erfahrung als Mitglied der Leitung der Organisation für Asyl des Kantons Zürich (AOZ), gefolgt von fünfzehn Jahren Tätigkeit in der Direktion des Schweizerischen Instituts für Sozialdienst (SSI). Er ist zurzeit Präsident des SSI und der Organisation TIPITI.

«Es gibt nicht Flüchtlingskinder oder Kinder die legal oder illegal sind. Das Kind hat ein Recht auf seine Existenz und als Kind akzeptiert zu werden.»

Vor 30 Jahren kamen die ersten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMA) aus Afrika in die Schweiz. Wie wurden sie aufgenommen?

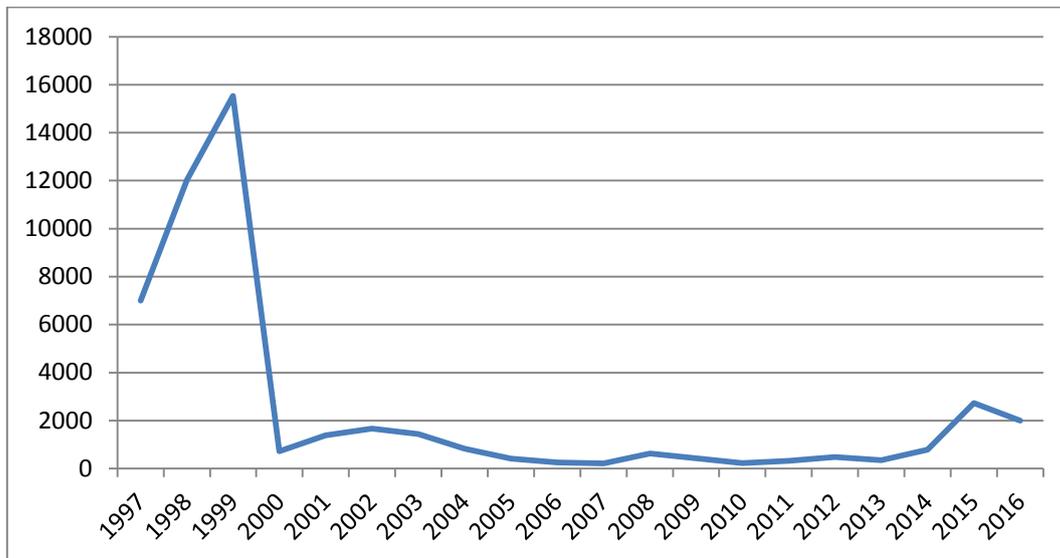
In den 90er Jahren stellte sich die Frage der Betreuung der UMA nicht. Nur die Kantone Genf und Basel verfügten über eine Rechtsstruktur, die die spezifische Betreuung dieser Jugendlichen erlaubte. In den anderen Kantonen betrachtete man sie nicht als Kinder, sondern als Asylbewerber. Sie wurden in Zentren ohne besondere Überwachung und ohne angemessene Unterstützung untergebracht. Niemand war der Auffassung, dass diese jungen Flüchtlinge ohne Familie einer besonderen Aufmerksamkeit bedurften. Damals sprach man nicht von UMA. Was das Verfahren anbetraf, behandelte man die Flüchtlingskinder von Anfang an wie Erwachsene.

Was hat Sie an dieser Situation gestört?

Jedes Kind braucht eine individuelle Betreuung. Für mich gibt es keinen Unterschied zwischen fremden und einheimischen Kindern. Die UMA sollten als Kinder betrachtet werden und genauso behandelt werden wie die schweizerischen Kinder, zur Schule gehen und psychosoziale Unterstützung bekommen.

Können Sie uns die Geschichte der MNA in der Schweiz in den letzten 20 Jahren rekapitulieren?

Der Auslöser, der stark dazu beitrug, auf die Frage und das Phänomen der UMA aufmerksam zu machen, war der Konflikt in Ex-Jugoslawien, der 1992 begonnen hatte. Viele Kinder sind mit ihren Müttern dank humanitären Aktionen in die Schweiz gekommen. Von 1993 bis 1994 kamen dann auch UMA, die vor den Konflikten in Afrika flohen. Dadurch wurde zum ersten Mal eine eigene Abteilung innerhalb des AOZ in Zürich für die UMA eingerichtet, um diese Kinder aufzunehmen.



Die Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden in der Schweiz in den vergangenen 20 Jahren zeigt einen auffälligen Anstieg. Dieser kann in den Jahren zwischen 1997 und 1999 durch den Jugoslawienkrieg erklärt werden.

Während die Asylgesuche von UMA in der Schweiz im Jahr 2015 stark angestiegen sind und dies entsprechende Herausforderungen mit sich bringt, ist es wichtig, diese Zahl zu relativieren und einen Überblick über die Gesamtzahl der Ankünfte der UMA zu erlangen.

Tdh (2007). Les mineurs non accompagnés en Suisse. Exposé du cadre légal et analyse de la situation sur le terrain.

http://www.childsrights.org/documents/sensibilisation/adem/tdh_rapport-MNA.pdf

SEM. Statistik UMA : https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/publiservice/statistik/asylstatistik/statistik_uma.html

ODM (2010). Die kosovarische Bevölkerung in der Schweiz.

<https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/publiservice/publikationen/diaspora/diasporastudie-kosovo-d.pdf>

Ab dem Jahr 2000 wurden die Kinderrechte auf eine harte Probe gestellt, als die bosnischen Flüchtlinge in ihr Land zurück mussten. Das betraf vor allem Jugendliche mit einer Aufenthaltsbewilligung F. Sie hatten trotz ihrer in der Schweiz absolvierten langen Schulzeit keinen Zugang zu einer Berufsausbildung. Diese Sachlage hat die unsichere Existenz dieser Jugendlichen in der Schweiz ans Licht gebracht. Die ihnen vorgeschlagenen Lösungen waren nur für eine kurze Zeitspanne vorgesehen und berücksichtigten ihr Anrecht auf Ausbildung nicht genügend. Sie gaben ihnen auch nicht die Chance, das nötige Wissen zu erlangen, um sich in ihrem Gastland oder ihrer ursprünglichen Heimat zu integrieren.

Wir feiern dieses Jahr das 20-jährige Jubiläum der Ratifizierung der Kinderrechtskonvention (KRK) durch die Schweiz. Stehen Kinder heute mehr im Mittelpunkt als vor 20 Jahren?

Meiner Meinung nach stehen Kinder immer noch nicht genügend im Mittelpunkt. Man stuft diese jungen Menschen nach ihrem Migrations-Status ein, anstatt sie zuerst als Kinder zu betrachten. Ihr Status sollte zweitrangig sein.

Im Asylverfahren zweifelt man oft an den Aussagen der Kinder. Ausserdem entscheiden Unbekannte an ihrer Stelle für sie. Wenn das Kind oder der Jugendliche die Schweiz verlassen muss, kümmert man sich nicht darum eine passende, seiner individuellen Situation entsprechende Lösung zu finden. Das persönliche Leben des Kindes wurde im Asylverfahren nie genügend in Betracht gezogen und das wird es auch heute nicht. Die Betreuung des Migrantenkindes bedeutet stellt immer ein Logistikproblem dar, das es abzuklären gilt. Die Betreuungsbedürfnisse eines Kindes ohne Familie,

wie auch die Qualifizierung der Betreuer, die sich damit befassen, werden nicht genügend berücksichtigt.

Leider haben die Kinderrechte und die Ratifizierung der Konvention die Art und Weise, wie diese Situation angegangen wird, nicht wesentlich verbessert. Der Vorteil seit der Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention zeigt sich darin, dass wir uns unserer Verantwortung für die minderjährigen Migranten bewusst geworden sind. Dann aber hängt alles davon ab, wie man diese Verantwortung umsetzt.

Wo erwarten Sie den grössten Wandel?

Man muss noch grosse Fortschritte machen in der Erwägung der Gesamtsituation des Kindes, vor allem was sein Mitspracherecht während des Asylprozesses anbelangt. Es ist sehr wichtig, die Jugendlichen anzuhören, um mit ihnen gemeinsam Lösungen zu finden, die in ihrem besten Interesse liegen und die ihre Zukunftswünsche berücksichtigen. Bis jetzt gibt es im Asylprozess kaum Chancen für die Jugendlichen sich einzubringen. Sie werden nicht wirklich angehört.

Es ist ebenfalls wichtig, die Voreingenommenheit gegenüber diesen Kindern abzubauen und von dem Prinzip der Gegenseitigkeit auszugehen. Die Kinder sind nicht nur Opfer. Man muss ihnen die Möglichkeit geben, ihr eigenes Leben zu beeinflussen und sie an der Gesellschaft teilhaben lassen. Man sollte sich dabei eher die Integration als die Isolierung verfolgen. Heutzutage werden die Kinder meist nach ihrem Migrationsstatus platziert, obwohl man sie in die Gemeinschaft eingliedern sollte. Ein Kind kann sich nur entwickeln, wenn es ein fester Bestandteil der Gesellschaft sein kann. Wie soll es sich integrieren und entfalten können, wenn es davon ausgeschlossen ist?

Es ist zuletzt sehr wichtig, langwährende Beziehungen zwischen dem Kind und seinen Betreuern aufzubauen. Die Kontinuität und die Beständigkeit der Bindung sind entscheidend, damit der Jugendliche ein Vertrauensverhältnis mit seiner Bezugsperson entwickeln kann, die ihn während seines Asylverfahrens und später bis zu seiner Volljährigkeit begleitet.

Welche Verbesserungen braucht es, damit die KRK besser respektiert wird?

Ich wünsche, dass auch für MNA die Kinderrechte voll und ganz gelten würden. Unsere Gesellschaft muss eine Willkommenskultur aufbauen. Jedes Kind hat Anspruch auf eine angemessene Betreuung und die Förderung seiner Entwicklung. Es ist unsere Verantwortung, mit dem Kind gemeinsam die beste Lösung für seine Gegenwart und seine Zukunft zu suchen. Im Asylverfahren sollte die persönliche Situation des Kindes miteinbezogen werden, bei der Entscheidung, wie auch bei den angeordneten Massnahmen. Seine Rechte müssen respektiert werden und es muss ihm die Aufmerksamkeit entgegengebracht werden, die es verdient.

Im Falle einer Rückkehr in seine Heimat ist es entscheidend, durch eine persönliche Begleitung und spezifische Unterstützung Mittel und Wege zu finden, dem Jugendlichen die Fortführung seiner Ausbildung und seine soziale und berufliche Reintegration sicherzustellen. Im Falle einer Integration in der Schweiz wird die Eingliederung als Bemühen betrachtet, die von Seiten des Flüchtlings erbracht werden muss. Integration muss jedoch von beiden Seiten aus erfolgen. Es ist entscheidend, die Bedürfnisse der Jugendlichen festzustellen, insbesondere was ihre Ausbildung betrifft. Und dort investieren.